

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2025

Familien für Inklusion Bielefeld – Fragen an die Parteien

Die Familien für Inklusion Bielefeld setzen sich seit Jahren für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung und deren Familien ein. Trotz der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention 2009 haben sich die Bedingungen in Bielefeld nur unzureichend verbessert. Viele Familien erleben weiterhin Ausgrenzung und Barrieren in Schule, Betreuung, Freizeit und Beruf.

Mit diesen Wahlprüfsteinen wollen wir von den Parteien erfahren, wie sie die Situation nach der Kommunalwahl gestalten möchten, um inklusive Teilhabe zu fördern und echte Wahlmöglichkeiten für betroffene Familien zu schaffen.

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen möglichst konkret.

WP1 – Betreuung und Beruf: Familien mit behinderten Kindern entlasten

In Bielefeld fehlen verlässliche inklusive Betreuungsangebote nach der Schule und insbesondere während der Ferien für Kinder mit Behinderung. Dies führt dazu, dass viele qualifizierte Eltern ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder aufgeben müssen, was nicht nur die Familien belastet, sondern auch dem Arbeitsmarkt wertvolle Fachkräfte entzieht. Ab 2026 gilt ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – auch für Kinder mit Behinderung. Die inklusive Umsetzung und finanzielle Zugänglichkeit sind jedoch unklar.

1. Möchte Ihre Partei sich für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 für Kinder mit Behinderung einsetzen?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie plant Ihre Partei, dies insbesondere an Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung und Körperliche und motorische Entwicklung in Bielefeld umzusetzen?

Antwort: Grundsätzlich finden wir den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz richtig und unterstützen diesen langfristig. Wenn man ehrlich ist, kann dieser Anspruch bisher nicht qualitativ anspruchsvoll erfüllt werden. Wir haben weder qualifiziertes Personal noch ausreichend Räume, die den heutigen Ansprüchen gerecht werden. Diese Probleme stellen sich bei Kindern mit Behinderungen erst recht. Wir fragen uns, ob es für Kinder und Eltern gut ist, in einer Einrichtung zu sein, die betreuerische und pädagogische Mindeststandards nicht erfüllt.

Wir müssen schnell Räume schaffen und qualifiziertes Personal ausbilden, weiterbilden und diese Menschen gut bezahlen. Bis dahin sollten wir gucken, dass gerade diejenigen Familien, die besonders auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind, einen bekommen. Bis dahin hilft der Rechtsanspruch nicht weiter.

2. Möchte Ihre Partei berufstätige Eltern mit behinderten Kindern unterstützen, damit diese Beruf und Betreuung besser vereinbaren können?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Maßnahmen sind hierfür vorgesehen?

Antwort: Beratungsangebote verbessern; Selbsthilfegruppen unterstützen und mehr Geld investieren, um Angebote ergänzend neben der Schule und in den Ferien zu etablieren. Die Antragstellungen rund um Pflege muss unkomplizierter werden. Es kostet pflegende Eltern zu viel Zeit, mit den Kassen um sinnvolle Hilfsmittel zu streiten. Auch die Regeln rund um den Entlastungsbetrag bzw. die Verhinderungspflege können pflegenden Eltern noch mehr entgegen kommen.

3. Möchte Ihre Partei verlässliche Ferienbetreuungsangebote für Kinder mit Behinderung schaffen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie sollen diese Angebote zeitlich und örtlich gestaltet sein, um den Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht zu werden?

Antwort: Selbstverständlich unterstützen wir das. Die Angebote müssen wie bei nicht behinderten Kindern gestaltet sein, d. h. in der ganzen Bandbreite von kurzen bis hin zu Tagesprogrammen. Bestenfalls gibt es Fahrdienste wie zu Schulzeiten und entsprechende Begleitung. Durch unterschiedliche Angebote sollten Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen ihre Ferienaktivität genießen dürfen.

4. Möchte Ihre Partei sicherstellen, dass die Kosten für Ferien- und Betreuungsangebote familiengerecht sind und keine Diskriminierung stattfindet?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie soll dies umgesetzt werden?

Antwort: Es muss ebenso wie bei nichtbehinderten Kindern genügend Programme geben, die über die OGS-Finanzierung laufen und keine gesonderten Kosten anfallen. Und dann sehen wir da auch die Arbeitgeber ein wenig mit in der Verantwortung: Wenn die Mitarbeiter Eltern von behinderten Kindern sind, sollte der Arbeitgeber sich bei den Arbeitszeiten flexibel zeigen.

5. Möchte Ihre Partei die Finanzierung der inklusiven Betreuungsangebote übernehmen bzw. sicherstellen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Rolle sollen Stadt, Land und freie Träger dabei spielen?

Antwort: Eigentlich gerne, aber angesichts knapper Kassen werden wir das kurzfristig nicht umfassend leisten können. Aber wir werden uns hierfür stark machen.

WP2 – Schulplätze sichern: Recht auf passende Bildung umsetzen

In Bielefeld fehlen rund 160 Plätze an Förderschulen, insbesondere mit Schwerpunkt geistige Entwicklung. Viele Kinder werden gegen den Elternwillen in Regelschulen eingeschult, was oft negative Folgen für die Kinder und Familien hat. Das in § 19 Abs. 9 Schulgesetz NRW vorgesehene gesetzliche Recht auf einen Schulplatz bis zum 25. Lebensjahr wird nicht erfüllt. Das geplante Schulzentrum am Seidensticker-Gelände bietet Chancen für neue inklusive Konzepte.

1. Möchte Ihre Partei den Mangel an Förderschulplätzen beheben und dem Elternwillen gerecht werden?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie will Ihre Partei dies umsetzen?

Antwort: Ja unbedingt, übrigens ebenso wie bei nichtbehinderten Kindern. Wir sollten eine Abfrage bei Kindern, Eltern und Schulen machen und die Bedarfe ermitteln und danach Schulen ausbauen oder bauen, sodass jedes Kind zu seiner Wunschschule kommt.

2. Möchte Ihre Partei im neuen Schulzentrum am Seidensticker-Gelände eine Förderschule mit Schwerpunkt geistige Entwicklung etablieren?

☐ Ja ☐ Nein ☒ unsicher

- Wenn ja: Welche Konzepte plant Ihre Partei für inklusives Lernen dort?

Antwort: Wir kennen die genauen Pläne nicht, sodass wir hier keine eindeutige Antwort geben können. Wir werden eine solche Möglichkeit aber gerne prüfen.

3. Möchte Ihre Partei den gesetzlichen Schulanspruch bis zum 25. Lebensjahr real umsetzbar machen, unabhängig von der Schulträgerschaft?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie soll dies geschehen?

Antwort: _____

WP3 – Teilhabe nach der Schulzeit: Freizeit gestalten, Zukunft sichern

Junge Erwachsene mit geistigen oder körperlichen Einschränkungen haben oft keine passenden Freizeitangebote. Der Übergang von Schule in den Beruf gestaltet sich schwierig, inklusive Wege sind selten.

1. Möchte Ihre Partei Freizeit- und Bewegungsangebote für erwachsene Menschen mit Behinderung inklusiv ausbauen?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Maßnahmen sind dafür vorgesehen?

Antwort: Wir brauchen mehr Projekte, wie z. B. die KickerKids von Frau Beimfohr (AWO). Dazu braucht es mehr Kooperationen mit Vereinen und privaten Sportanbieter, um diese für solche Angebote zu sensibilisieren. Gerne würden wir solche Angebote auch finanziell fördern. Fördergelder für Vereine, die inklusive Angebote verstärken wollen, könnten hilfreich sein. Hierfür zudem Patenschaften unter prominenten Sportlern zu finden, wäre ein positives Signal.

2. Möchte Ihre Partei begleitete Freizeitgestaltung auch abends und an Wochenenden ermöglichen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie soll das konkret aussehen?

Antwort: Auch das wäre großartig. Hierzu könnte man eine Plattform etablieren, auf der solche Angebote und Gesuche geschaltet werden können. Es muss ja nicht immer um kostenpflichtige Angebote gehen, sondern auch um gesellschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement.

3. Möchte Ihre Partei verlässliche Notfall-Betreuungsangebote im ambulant betreuten Wohnen bereitstellen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Schritte sind dafür geplant?

Antwort: _____

4. Möchte Ihre Partei inklusive Übergänge von Schule in Ausbildung oder Beruf fördern und Alternativen zur Werkstatt ausbauen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie soll die Zusammenarbeit mit Arbeitsagentur, Integrationsfachdiensten und Betrieben verbessert werden?

Antwort: In Werkstätten werden behinderte Menschen immer noch unterbezahlt; das muss sich ändern. Wenn die Menschen arbeiten können, dann haben sie auch einen Anspruch auf einen fairen Lohn, der ihnen soweit wie möglich ein selbstbestimmtes Leben erlaubt. Neben den bestehenden Ansprüchen aus dem SGB IX braucht es vor allem ein anderes Denken. Diese Schranken im Kopf müssen wir abbauen. Betriebe zeigen sich immer noch wenig offen für Bewerber mit Behinderung. Eine stärkere finanzielle und personelle Unterstützung könnte vielleicht helfen.

WP4 – Kurzzeitpflege und Wohnangebote für Menschen mit Behinderung

Das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen und barrierefreiem Wohnraum ist in Bielefeld unzureichend. Das erschwert Familien Auszeiten und selbstbestimmtes Leben.

1. Möchte Ihre Partei das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen ausbauen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie soll dies geschehen?

Antwort: Ja, denn Angehörige haben Anspruch darauf, auch mal eine Auszeit zu bekommen und dafür braucht es ausreichend Kurzzeitpflegeplätze. Wir wünschen uns mehr Programme, durch welche Menschen ohne Schulabschluss in den Pflegeberuf einmünden können und dort berufsbegleitend den Hauptschulabschluss nachholen.

2. Möchte Ihre Partei barrierefreies und bezahlbares Wohnen für Menschen mit Behinderung verbessern?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Maßnahmen sind geplant?

Antwort: Hier gilt das gleiche wie auch für Familien. Wir brauchen keine Luxuswohnprojekte in der Stadt, sondern möglichst viele Angebote von Genossenschaften und regionalen Partnern, die nach von der Stadt festgelegten Mindestquoten barrierefreien und günstigen sowie subventionierten Wohnraum bauen. Dafür muss die Stadt aber auch neue Wohngebiete zur Verfügung stellen.

3. Möchte Ihre Partei ambulante Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung fördern, um Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie soll das umgesetzt werden?

Antwort: Hier sollte das Bielefelder Modell weiter ausgebaut werden und das generationenübergreifende Wohnen um den Aspekt der inklusiven Nachbarschaft ergänzt werden.

4. Möchte Ihre Partei die Zusammenarbeit mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden bei Wohn- und Pflegeangeboten stärken?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Ein Gremium mit Vertretern aus allen betroffenen Bereichen sollte etabliert werden. _____

WP5 – Frühkindliche Förderung für Kinder mit Behinderung

Frühkindliche Förderung ist entscheidend, doch in Bielefeld sind die Angebote begrenzt und nicht immer inklusiv.

1. Möchte Ihre Partei den Ausbau und die inklusive Gestaltung frühkindlicher Förderangebote vorantreiben?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: __Kitas, Schulen und Kinderärzte sollten hier näher zusammenarbeiten dürfen.

2. Möchte Ihre Partei Wartezeiten für Frühförderung verkürzen und Familien frühzeitig unterstützen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Das gilt letztlich für alle Kinder, ob behindert oder nicht. Wir haben zu wenig Angebote, zu wenig Kinderärzte, viel zu lange Wartezeiten in den SPZs und hier müssen wir eigenes Geld in die Hand nehmen und den LWL und damit das Land in die Pflicht nehmen.

3. Möchte Ihre Partei ausreichend Fachpersonal für Frühförderung sicherstellen?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Schritte sind geplant?

Antwort: Hier gilt das zuvor Gesagte.

WP6 – Soziale Teilhabe junger Erwachsener: Freizeitangebote

Freizeitangebote für junge Erwachsene mit Behinderung sind oft eingeschränkt, was soziale Isolation begünstigt.

1. Möchte Ihre Partei inklusive Freizeitangebote für junge Erwachsene ausbauen?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Genauso wie bei Kindern, müssen Anreize geschaffen werden, solche Angebote zu etablieren. Dies kann über einen runden Tisch und eine Imagekampagne gelingen, die deutlich macht, wie wichtig das ist. Dann muss man Vereine und Verbände als Kooperationspartner finden und auch das gesellschaftliche Engagement fördern. Und dann die Informationen zu den Familien und den Kids bringen.

2. Möchte Ihre Partei die Finanzierung und Infrastruktur solcher Freizeitangebote sichern?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Soweit dies der Haushalt erlaubt, werden wir das tun.

3. Möchte Ihre Partei die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Vereinen und Selbsthilfegruppen fördern?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Siehe oben. Wir müssen wieder mehr miteinander reden und über runde Tische die Bedarfe ermitteln und an Lösungen arbeiten.

WP7 – Berufsfindung und inklusive Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Menschen mit Behinderung haben oft keine realistischen Chancen auf inklusive Ausbildung und Arbeit in Betrieben.

1. Möchte Ihre Partei den Ausbau inklusiver Ausbildungsplätze fördern?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Für Unternehmen muss es über das SGB IX hinaus Anreize geben, dies zu tun. Man könnte die Unternehmen, die sich hier hervortun, öffentlich machen und damit ihr Image stärken oder Förderpreise ausloben.

2. Möchte Ihre Partei Arbeitgeber für inklusive Beschäftigung gewinnen?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Welche Strategien sind vorgesehen?

Antwort: S.o.

3. Möchte Ihre Partei die Zusammenarbeit mit Arbeitsagentur und Integrationsfachdiensten verbessern?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Wir beobachten häufig noch paralleles Arbeiten. Es gibt also Zuständige, die sich bemühen, aber jeweils nur für ihre Organisation. Regelmäßige gemeinsame Sprechstunden und gemeinsame Aktionen sollten an den Schulen angeboten werden. So geht das durchaus vorhandene Engagement weniger verloren. Da bei diesen Bemühungen das Geld für die Zukunft angelegt ist, ist es sinnvoll eingesetzt.

WP8 – Wohnen und Arbeiten

Barrierefreies Wohnen und Arbeiten sind Grundvoraussetzungen für Teilhabe, doch es bestehen Defizite.

1. Möchte Ihre Partei barrierefreie und bezahlbare Wohnformen ausbauen?

☒ Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: S.o.

2. Möchte Ihre Partei inklusive Arbeitsplätze und berufliche Teilhabe fördern?

X Ja ☐ Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: S.o.